

einst will den etablierten Banken Konkurrenz machen.

Vielleicht aber waren die Alternativen etwas zu clever. Die sonst so reservierten Herren der Großfinanz legten jedenfalls ihre vornehme Zurückhaltung ab, sie haben den frechen Wettbewerber jetzt verklagt.

Nach Ansicht der privaten Banken weitet das staatseigene Unternehmen sein Angebot allzu forsch aus. Das sei gesetzeswidrig, behaupten die Privaten. Sie wollen die lästige Konkurrenz am Bankschalter nicht dulden.

Die Beamten-Post darf, so hat es der Gesetzgeber festgeschrieben, lediglich den Zahlungsverkehr abwickeln und das Spargeschäft betreiben. Kreditgeschäfte und Wertpapierberatungen sind ihr verboten.

Seit zwei Jahren ist die Postbank, neben der Gelben Post und Telekom, eines von drei selbständigen Postunternehmen. Es wird nicht mehr von einem Beamten, sondern von einem Manager aus der Wirtschaft geführt. Und der wird am Erfolg gemessen.

Günter Schneider, 61, der Chef der Postbank, will „nicht für jeden alles Denkbare, sondern für alle ein möglichst umfassendes“ Angebot bereithalten. Das ist für die Kunden ein Vorteil, für die etablierten Konkurrenten aber ein Ärgernis.

Seit Oktober vergangenen Jahres gibt es neben dem blauen Sparbuch einen Sparbrief mit vier und sechs Jahren Laufzeit. Festgeldkonten sollen in Kürze eingeführt werden. Der Verkauf von Investmentfonds-Anteilen ist vorgese-

teil der langen Öffnungszeiten und der zahlreichen Filialen, sie arbeite zudem mit Dumping-Preisen.

Tatsächlich sind Buchungen bei der Staats-Bank konkurrenzlos billig. Um kostendeckende Preise mußte sie sich auch nie kümmern. 1990 erwirtschaftete sie einen Verlust von 458 Millionen Mark, der von der profitablen Postfirma Telekom übernommen wurde.

Von Wettbewerbsverzerrungen zugunsten seines Hauses mag Postbank-Chef Schneider allerdings nichts wissen. Das Schwesterunternehmen Postdienst muß an die eigenen Zahlen denken, es will von der Postbank eine Milliarde Mark mehr Miete für die Nutzung seiner Schalterhallen.

Zudem, klagt Schneider, müsse er, wie alle Postunternehmen, zehn Prozent der Erträge an den Finanzminister abgeben. Verluste entstünden auch aus Geschäften wie Zahlungsanweisungen, die andere Banken aus Kostengründen nicht anbieten würden. Nur deshalb sei die Postbank überhaupt auf einen Finanzausgleich angewiesen.

Die Argumente mögen stimmen, sie werden Schneider in Zukunft jedoch wenig helfen: Er muß Erfolge vorweisen. „Bei andauerndem oder gar steigendem Defizit“, mahnt sein Oberaufseher, Postminister Christian Schwarz-Schilling, „wäre letztendlich die Existenz der Postbank in Frage gestellt.“

Erfolge aber kann der Chef der Postbank nur auf Kosten seiner privaten Konkurrenten erzielen.



Postbank-Schalter: Bei Sparem unangefochten die Nummer eins

Innerhalb ihres gesetzlich geregelten Freiraums ist die Postbank unangefochten die Nummer eins. Sie führt über 5 Millionen Girokonten mit Guthaben von rund 20 Milliarden Mark. Auf mehr als 24 Millionen blauen Sparbüchern sind über 46 Milliarden Mark eingezahlt. Da kann keine Bank oder Sparkasse mithalten.

Die Postbanker haben ihren Kunden allerhand Vorteile zu bieten: Die Post gibt es selbst in kleinen Dörfern, die Schalter sind bis 18.30 Uhr geöffnet und samstags immerhin bis 14 Uhr. Überweisungen können in einen der 150 000 bundesdeutschen Briefkästen geworfen werden, portofrei. Der Auftrag wird im angeschriebenen Postgiroamt verbucht.

Das wird schon seit Jahrzehnten von den Bankern beklagt. Doch richtig unruhig werden die erst jetzt.

hen, die Vermittlung von Lebensversicherungen auch.

Die Kundschaft bekommt künftig Plastikkarten. Girokonten, die einst nicht mit einer einzigen Mark im Minus stehen durften, können mittlerweile mit 10 000 Mark für drei Monate überzogen werden.

Das neue Angebot geht den Banken entschieden zu weit. Jürgen Terrahe, Vorstand der Commerzbank, sieht vor allem im Dispositionsrahmen „eine unzulässige und nicht hinnehmbare Ausweitung der Geschäftsbereiche der Postbank“. Die 10 000-Mark-Grenze, meint Terrahe, sei nichts anderes als ein eingeräumter Konsumentenkredit.

Die Konkurrenz des staatseigenen Bankbetriebs empfinden die privaten Vertreter des Geldgewerbes als ausgesprochen unfair. Die Postbank, argumentieren sie, habe nicht nur den Vor-

— Treuhand —

Alles ganz einfach

Eineinhalb Jahre verhandelte Bahlsen über den Kauf einer sächsischen Waffelfabrik. Jetzt gab der Investor entnervt auf.

Die deutsche Vereinigung hat Werner Gliem, 63, einige bittere Erfahrungen beschert. Der Bahlsen-Manager fühlt sich vorgeführt, „wie ein Bär, den man an einem Nasenring durch die Manege zieht“.

Deutschlands größte Keksfirma wollte in Dresden eine Waffelfabrik kaufen. Gliem führte die Verhandlungen, eineinhalb Jahre lang. Nun hat der Keksfabrik-Manager genug. Bahlsen, sagte er den Dresdner Treuhändern definitiv, sei „nicht mehr interessiert“.

Für die Treuhand ist das eine schwere Schlappe. Die Privatisierungsagentur bemüht sich schon lange um ein positives Image, weltweit wirbt sie mit großen Anzeigen um Investoren.

Die Anzeigen sind teuer, die Schlagzeilen im Fall Bahlsen gibt es kostenlos. Zwar klagen immer wieder Investoren über Ärger mit der Treuhand. Aber Konsequenzen wie Bahlsen hat eine bekannte Firma noch nie gezogen.

Die Treuhand hat nicht nur den Spott, sondern auch den Schaden. Nun muß sie sich wieder selbst um die Dresdner Dauerbackwaren GmbH, ehemals Wörmann AG, und ihre 120 Beschäftigten kümmern. Und all das ist eine Folge dilettantischer Verhandlungen.

Eigentlich wollte die Dresdner Treuhand-Filiale die marode Keksfabrik unbedingt loswerden. Die Produktion ist nur zu einem Drittel ausgelastet, einziger Abnehmer: Bahlsen. Statt der notwendigen 20 Millionen Mark Umsatz schaffte die Firma im vergangenen Jahr gerade 2,5 Millionen. Verlust allein im letzten Jahr: rund 5 Millionen Mark.

Bahlsen wollte sich dort dennoch engagieren, vor allem wegen der gut ausgebildeten Bäcker. In Radeberg bei Dresden wollen die Hannoveraner näm-



Waffel-Produktion in Dresden: Zu einem Drittel ausgelastet



Bahlsen-Manager Gliem: „Wir sind keine Immobilienmakler“

lich für rund 85 Millionen Mark eine neue Keksfabrik bauen. Bis die Produktion anläuft, voraussichtlich Anfang 1995, sollte die Belegschaft bei der Dauerbackwaren GmbH gehalten werden.

Doch dann begannen die endlosen Verhandlungen mit der Treuhand. Immer wieder tauchten neue Schwierigkeiten auf, und alte Abmachungen zählten nicht mehr.

Die Treuhand, damals noch in Halle, signalisierte zunächst Interesse an einer Vermietung des Betriebs. Die Hannoveraner machten sich ans Werk. Bahlsen ersetzte alte Maschinen, schulte Mitarbeiter, kümmerte sich um die Bilanzen, übernahm das Marketing. Nur ein rechtsgültiger Mietvertrag mit der Treuhand fehlte noch.

Die Akten waren inzwischen von Halle zur neuen Treuhand-Filiale nach

Dresden gewandert. Und damit änderte sich alles. Otto Oechsner, Privatisierungsdirektor in Dresden, wollte das 23 500 Quadratmeter große Areal nicht mehr vermieten, sondern verkaufen.

Bahlsen hatte daran wenig Interesse. „Schließlich“, sagt Gliem, „sind wir Keksbäcker und keine Immobilienmakler.“ Bei einem geselligen Abendessen im Dresdner Hotel Bellevue kam jedoch eine Einigung zustande. Die Hannoveraner wähten sich am Ziel.

Da wechselte der Treuhand-Direktor in die freie Wirtschaft, und mit ihm verschwanden die Protokolle der Verhandlungen. Sein Nachfolger Reiner Wilke, 30, hatte ganz andere Vorstellungen. Einen großen Teil der Altlast-Sanierung sollten die Westler selbst tragen.

Die Bahlsen-Vertreter stimmten zu, „zähneknirschend“, wie sie sagen. Doch

nun wollte der Treuhand-Direktor nicht mehr verkaufen, sondern nur noch vermieten. Mitte Oktober, nach über einem Jahr, waren die Verhandlungen wieder am Anfang angekommen.

Nach Ansicht der Treuhand gab es nämlich ein neues Problem: die Alteigentümer. Die Kaiser's-Kaffee-Geschäft AG war vor dem Krieg Mehrheitsaktionär bei Wörmann.

Aber Kaiser's ist eine hundertprozentige Tochter der Tengelmänn-Gruppe, und die

wiederum einer der größten Abnehmer von Bahlsen. Deshalb hatten sich die beiden Geschäftspartner schon im Herbst geeinigt, Tengelmänn wollte das Grundstück nun der Treuhand verkaufen.

Zum Vertrag kam es dennoch nicht. Gemeinsam machten Bahlsen und Tengelmänn Druck. Am 2. Februar begann in Köln die Süßwarenmesse, dort wollte Bahlsen die Waffeln aus Dresden den Einkäufern präsentieren.

Endlich, am 28. Januar, sollte der fertige Vertrag im Treuhand-Ausschuß verabschiedet werden. Warum auch das schiefling, weiß niemand so recht.

Da hatte Bahlsen endgültig genug. Und die Treuhand rätselt noch immer, warum. Immerhin räumt Wilke ein, „daß der Fall hier nicht unbedingt eins gelaufen ist“.